

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1873

25.11.1873 (No. 277)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 23. November.

№ 277.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingeschlossen, 2 fl. 7 kr. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile ober deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

1873.

Karlsruhe, den 24. November.

Seine Excellenz der Königlich Sächsische Wirkliche Geheimrath und Hausmarschall Graf Bischoff von Eckardt, welcher in besonderer Mission hier eingetroffen war, um Seiner Königlich Hohheit dem Großherzog die Notifikation über das Ableben Seiner Majestät des Königs Johann von Sachsen und über den Regierungsantritt Seiner Majestät des Königs Albert zu überbringen, wurde heute Mittag von Seiner Königlich Hohheit in Audienz empfangen und entledigte sich seines hohen Auftrages. Nachdem derselbe auch die Ehre gehabt hatte, sich Ihrer Königlich Hohheit der Großherzogin vorzustellen, wurde derselbe Abends zur Großherzoglichen Tafel gezogen.

Telegramme.

† Pesth, 23. Nov. Das Unterhaus nahm nach zweitägiger Debatte mit allen gegen die Stimmen der äußersten Linken den Antrag der Rechten an, den Kaiser anlässlich seines Regierungsjubiläums durch eine Deputation zu beglückwünschen. Das Oberhaus beschloß aus dem gleichen Anlasse korporativ mit dem Präsidenten als Sprecher an der Spitze zu erscheinen.

† Paris, 23. Nov. Am Boulevard wurde neueste Anleihe bei sehr fester Tendenz 93.15 gehandelt. — Das Gerücht, wonach Mac-Mahon morgen eine neue Botschaft erlassen wolle, wird demittirt. — Es wird berichtet, Graf Chambord habe das französische Gebiet verlassen.

† Paris, 23. Nov. Das „Journ. officiel“ veröffentlicht das Gesetz über die Verlingerung der Gewalt Mac-Mahons.

† Madrid, 23. Nov. Zu Vertretern der Regierung sind bestimmt worden: Comyn für London, Rances für Berlin, Balart für Rom. — Die amerikanischen Nachrichten über hiesige Demonstrationen des Volkes gegen den amerikanischen Gesandten Sickles werden demittirt. — Die Regierung meldet, daß eine gütliche Beilegung der Virginus-Affaire in Aussicht stehe. Die Frage dürfte dem schiedsrichterlichen Spruche einer Großmacht, wahrscheinlich Deutschland, unterbreitet werden.

Deutschland.

* Straßburg, 22. Nov. Ein amtliches Ausschreiben macht die Besitzer von Gutshäusern der elsäss-lothringischen Sparkassen aufmerksam, die seit 1843 und rückwärts nicht erhobenen Beträge binnen 6 Monaten zu reclamiren, widrigenfalls sie den betr. Sparkassen als Eigenthum zufallen. — Ein paar vor dem Zuchtpolizei-Gericht dahier zur Verhandlung gekommene Fälle bieten ein gewisses Interesse. Der Handelsmann Leon Bloch, wiederholt fallit, wurde gegenüber einer Passivsumme von 250.000 Fr. Aktiva 25.000 Fr.) wegen fahrlässiger Erbschaft zu 14tägiger Gefängnisstrafe verurtheilt. Dabei war auffallend die unglaubliche Unordnung in den Büchern des Angeklagten sowie der Leichtsinns, mit welchem demselben der erwähnte mißbrauchte Kredit von Geschäftsfreunden eingeräumt wurde. Im andern Falle handelte es sich um einen hiesigen Bazarethgehilfen, der, am Schlachthause vorübergehend, einen Hund mit dem Fuße gefassen haben sollte. Deshalb fiel eine ganze Horde von Leuten, Metzgerknaben u. dgl. über den wehrlosen Einzelnen her und mißhandelten ihn mit Schlägen auf das Greulichste. Der Verteidiger der angeklagten Prügelgeossen — wir müssen ihn nennen: Advokat Meyer von hier — benützte in seiner, auch sonst sehr originellen Verteidigung das geistreiche Argument, daß eigentlich der Bazarethgehilfe auf die Anklagebank gehöre. Das Gericht war anderer Ansicht und verurtheilte den Hauptangeklagten — alle zusammen läugneten nach Art solcher Helden aus Leibesträfen — zu 10 Thlr. Strafe.

* Straßburg, 22. Nov. Gutem Vernehmen nach beabsichtigt die Firma J. W. Krämer in Rotterdam im nächsten Jahre, sobald der Wasserstand des Rheines im Rheingau und oberhalb Mannheim es gestattet, mit 2 Meter Tiefgang zu fahren, eine Probefahrt mit direkter Badung ab Rotterdam nach Straßburg per Schraubendampfer vorzunehmen. Je nach dem Erfolge dieser Probefahrt ist die Errichtung eines regelmäßigen Schraubendampfer-Güterdienstes zwischen beiden Städten in Aussicht genommen.

† Straßburg, 23. Nov. Die Zeitungsnachricht, daß der Chef der hiesigen Fortifikation, Oberst Grund, nach Kehl überfiele, ist demittirt worden. Nun wird behauptet, in die in Kehl thatsächlich wiederhergestellten und eingerichteten Kasernräume würden zwei Kompagnien eines hiesigen Infanterieregiments verlegt und das ebenfalls vollständig restaurirte ehemalige Gouvernementsgebäude würde zu Offizierswohnungen abgegeben werden. Die Belegung Kehls mit Militär soll überhaupt nur an der Ermöglichung gescheitert sein, daß die seitlich im Reichslande bestandenem Zulagen der Offiziere etc. in Kehl — Mangels der nöthigen Voraussetzungen — in Wegfall kommen könnten, trotzdem an-

erkannt das Leben in Kehl kaum billiger sein dürfte, als das hiesige. Seitdem indeß an die Stelle der Zulagen ein erhöhter Servisatz getreten und Kehl in militärischer Hinsicht zum hiesigen Plage gehört, scheinen die besagten Bedenken verschwunden zu sein.

† Metz, 23. Nov. Die Jagd auf Wildschweine wird gegenwärtig in Lothringen mit einer solchen Emsigkeit und Umsicht getrieben, daß wir hoffen dürfen, diese zur Landplage gewordenen Gäste in kürzester Zeit los zu werden, und damit den beständigen Klagen der Landleute abgeholfen zu sehen. Es vergeht fast kein Tag, daß nicht einzelne derselben todt oder lebendig eingeliefert werden. Als besonders praktisch haben sich die nach einem neuen System auf höhere Anordnung eingerichteten Kesselfänge erwiesen, in denen man nicht selten ganze Wildschweinfamilien auf einmal fängt. Mit gleicher Umsicht soll auch gegen die, dieses Jahr in ungewöhnlich großer Anzahl vorkommenden Wölfe vorgegangen werden, sobald die Witterung es erlaubt. Zu diesen Jagden ist nämlich tiefer Schnee nöthig. Hoffentlich sind unsere Forstleute heuer in dieser Beziehung mehr vom Glück begünstigt, als voriges Jahr, wo der Schneefall äußerst unbedeutend war, weshalb es auch erklärlich ist, daß die damaligen Jagden nicht das erwartete Resultat liefern konnten.

München, 21. Nov. (Schw. M.) Der Finanzausschuß der Abgeordneten-Kammer hat sich entschieden gegen die von der Staatsregierung beantragten dringlichen Zulagen, Servisgelber, als Aufbesserung der Beamtengehälter ausgesprochen und will vielmehr allgemeine Gehaltszulagen bewilligen in der Weise, daß die Beamten in vier Kategorien eingetheilt würden, von denen die unterste eine jährliche Zulage von mindestens 210 fl., die nächste von 280 fl., die dritte von 350 fl. und die höchste von 420 fl. erhalten sollen. Wenn aber die für Gehaltsverbesserung beantragten 2 Millionen hierzu ausreichten, so sollten auch diese Zulagen noch entsprechend erhöht werden. Es ist noch nicht bekannt, welche Stellung das Ministerium zu diesem Vorschlage einnimmt; die Frage wird aber begreiflicher Weise mündlich und schriftlich, in gefälligen Kreisen wie in der Presse, mit höchstem Nachdruck erörtert.

München, 22. Nov. (N. Z.) Dem Vernehmen nach wird die unterm 8. April 1852 erlassene Ministerialentscheidung, den Vollzug des Kontorbats betreffend, mit Allerhöchster Genehmigung außer Wirksamkeit gesetzt werden. Es sollen fortan in allen bei den Verwaltungsstellen und Behörden vorkommenden Geschäftsgegenständen kirchlicher und kirchenpolitischer Natur, wie es der Staatsverfassung entspricht, die bestehenden Grundgesetze des Staates, sowie die übrige hierher bezügliche Gesetzgebung des Landes die Norm geben und nach den Regeln des Rechts ihrem ganzen Inhalt nach zur Anwendung gebracht werden. In gleicher Weise behält es bei den auf Grund dieser Gesetzgebung erlassenen Verordnungen und Instruktionen sein Bewenden. Dem zufolge tritt in allen jenen Fällen, in welchen und soweit die einzelnen Abschnitte der fraglichen Ministerialentscheidung auf das bestehende Recht hinweisen oder Zuständigkeiten der Staatsorgane, wie sie vor dem Jahr 1852 schon bestanden haben, vorbehalten sind, durch die Zurücknahme der eben allegirten Entscheidung keine Veränderung ein.

□ Darmstadt, 23. Nov. Wie verlautet, hat der Großherzog das Projekt des Theaterumbaus, für welches eine Anforderung von 400.000 fl. beim Landtag in Aussicht stand, fallen lassen. — Jüngstes Aufsehen macht die eben bekannt gewordene Verlegung des Pfarrers Seib in Großumstadt an die badische Grenze (Absteinnach). Seib, eines der Häupter des reichsfeindlichen Ultramontanismus, hatte arge Zerwürfnisse in seinem Orte hervorgerufen und namentlich den wackeren katholischen Lehrer Orth drangsaliert, so daß die Gerichte einschreiten mußten, die zu Gunsten des Letzteren entschieden.

Kassel, 22. Nov. (Fr. Z.) Bis heute sind fünf ordentliche und drei außerordentliche Pfarrer abgesetzt worden. Sechs weitere Absetzungen erfolgen in nächster Woche.

□ Aus Kurhessen, 23. Nov. In Fulda sind unter Leitung des Dr. Gies eine Anzahl freisinniger Männer zusammengetreten, um einen Wahlverein zu gründen, welcher den Ultramontanen die Spitze bieten soll. — Die Sozial-Demokraten Eisenacher Richtung wollen den Drechslermeister Bebel als Kandidaten für den Reichstag aufstellen.

Berlin, 22. Nov. (N. Z.) Als Termin für die Reichstags-Wahlen ist die erste Woche des Januar 1874 in Aussicht genommen. — Es bestätigt sich, daß die Beschlußfassung des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf, betreffend die Führung des Zivilstands-Registers und die obligatorische Zivilehe, erfolgt ist. Die Genehmigung des Kaisers soll eingeholt werden, sobald das schwankende Befinden desselben es gestattet.

Wosen, 22. Nov. (Köln. Z.) Heute Abend wurde die Pfändung bei dem Erzbischof Ledochowski durch den Exekutionsinspektor König vom Kreisgericht vorgenommen,

die Möbel von drei Zimmern seines Schlosses wurden vollständig abgepfändet. Der Erzbischof war tief erschüttert, bewahrte jedoch eine standhafte Haltung.

** Stettin, 22. Nov. Se. K. K. Hohheit der Kronprinz des Deutschen Reichs und von Preußen, die Frau Kronprinzessin und Höchsteren Kinder sind heute Mittag bei heftigem Schneegestöber hier eingetroffen und, von der versammelten Volksmenge freudig begrüßt, durch die Spitzen der Behörden und die Beamten des „Vulkan“ am Bahnhofe empfangen worden. Nachmittags 3¼ Uhr ist die Panzerfregatte „Borussia“ vom Stapel gelaufen. Der Ablauf war ruhig und elegant. Die Beteiligte des Publikums war trotz des schlechten Wetters eine zahlreiche. Die Kronprinzlichen Herrschaften wurden enthusiastisch begrüßt. Der Lauspruch, mit welchem die Frau Kronprinzessin das Schiff weihte, lautet: „Es ist Preußens eiserne Wehr, welcher unser deutsches Vaterland seine wiederergewonnene Einheit und Größe verdankt. Das erste Schiff, welches das geeinte Deutschland von deutscher Werk in Eisen gekleidet zum Schutz deutscher Macht in die Meere sendet, taufe ich darum auf Allerhöchsten Befehl Sr. Maj. des Kaisers und Königs auf den Namen „Preußen“. Möge es diesem Namen Ehre machen alle Zeit und mögen trotz Sturmes und Wetters seine Fahrten stets zu glücklichem Ziel führen!“ Bei dem nun folgenden Diner brachte der Kronprinz einen Toast auf die Marine aus. — Die Abreise der Kronprinzlichen Familie erfolgte Abends 6¼ Uhr. Die Straßen, welche die hohen Herrschaften passirten, waren festlich erleuchtet.

Frankreich.

** Paris, 22. Nov. Der Ministerath ist heute Vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten und hat in derselben den Beschluß gefaßt, daß die Entlassung des Ministeriums in der morgenden Nummer des „Journ. officiel“ noch nicht veröffentlicht werden soll. Das Ministerium will in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung noch der Berathung über die Interpellation Léon Say's in Betreff der Nichtberufung der Wahlkollegien zu den Erziehungswahlen bewohnen. — Die protestantische Synode hat in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig den Antrag des Berichterstatters der ständigen Kommission der Synode angenommen, wonach um die erforderliche Ermächtigung zur Publikation und Ratifikation der Glaubensdeklaration nachgesucht werden soll. — Der „France“ zufolge wäre der Graf Chambord noch gestern auf dem Schlosse Dampierre bei dem Herzog von Ligny gewesen. Wie die genannte Zeitung wissen will, hätte man große Anstrengungen gemacht, um von dem Grafen die Zustimmung vollständig u. Verzichts auf den französischen Thron zu erlangen. — Der Herzog v. Aumale hat auf den 18. Dez. eine Einladung zu dem Jahresbankett einer Gesellschaft in Besancon angenommen. Man berechnet in der Umgebung des Herzogs, daß der Prozeß Bazaine am 8. Dez. sein Ende erreicht haben wird.

Rußland und Polen.

* St. Petersburg, 22. Nov. Die Zeitungen melden, daß General Kauffmann mit dem Chan von China eine Präliminarconvention abgeschlossen hat.

Großbritannien.

** London, 22. Nov. Wie aus Dublin gemeldet wird, ist das Ergebnis der Home-Rule-Konferenz, welche mit dem 18. Nov. daselbst zusammengetreten ist, die Konstituierung einer Home-Rule-Liga, zu deren Vorstand auch der Erzbischof von Tuam gehört. Für die Zwecke der Liga sind sofort 3000 Pfd. Sterl. gezeichnet worden. — Offiziell wird bestätigt, daß der Zusammentritt des Parlaments am 5. Februar t. J. erfolgen soll.

Amerika.

† New-York, 22. Nov. Die Zeitungen veröffentlichen ein noch unbestätigtes Gerücht: daß in dem Ministerath beschloßen worden sei, nach Madrid ein Ultimatum zu senden, in welchem die Abschaffung der Sklaverei auf Cuba, Herausgabe des „Virginus“ und der noch lebenden Gefangenen an die Vereinigten Staaten, Auslieferung der für die Hinrichtung Verantwortlichen und Schadenersatz gefordert wird.

† New-York, 22. Nov. Die Ingenieursoffiziere der Küsten- und Hafenverteidigung haben den Befehl erhalten, alle Vorbereitungen zur Abweisung eines eventuellen Angriffs von der Seeher zu treffen. Die Artilleriekommission ist bereit, einen vollständigen Vorrath an Kriegsmaterial an die Armee zu liefern. Das Ultimatum an die spanische Regierung, dessen Abwendung von den Zeitungen gemeldet wurde, reduziert sich auf eine diplomatische Note, welche gewisse erwiesene Thatfachen bespricht und Genugthuung fordert.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 24. Nov. 3. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Kirchner

Auf der Regierungsbank: Staatsminister Dr. Jolly, Ministerialpräsident v. Frey dorf und Ministerialpräsident Ellstätter.

Nach Eröffnung der Sitzung erfolgt durch den Präsidenten die Vereidigung der Abgg. Staatsminister Dr. Jolly und Edelmann.

Der Abg. Blum hat sich für die heutige Sitzung telegraphisch entschuldigt, ebenso sucht der Abg. Roder für einen Urlaub auf drei Tage nach; ferner sind eingegangen Petitionen altkatholischer Einwohner einer großen Anzahl von Gemeinden, sowie Einladungen der hiesigen Gesellschaft im „Bären“, der „Eintracht“ und des „Kiefernkranzes“ an die Mitglieder des Hauses.

Der Abg. Reichert übergibt eine Petition von Steinbach, die Begnadigung des dortigen Einwohners Peter betreffend.

Staatsminister Dr. Jolly bringt folgende allerhöchste Entschlüsse zum Kenntnis des Hauses:

1) die Ernennung der Regierungskommissäre für beide Kammern, und zwar:

für das Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und der auswärtigen Angelegenheiten: Geh. Rath E. v. Seyfried und Geh. Referendar Walli,

für das Ministerium des Innern: Geh. Rath Cron und Ministerialrath M. v. Seyfried,

für das Handelsministerium: Geh. Rath Muth und Ministerialrath v. Stöcker,

für das Finanzministerium: Geh. Referendar Nicolai und Ministerialrath Kilian;

2) die Entschlüsse, wonach Staatsminister Dr. Jolly beauftragt ist, im Verkehr mit den hohen Kammern die den Gang der Verhandlungen im Allgemeinen betreffenden Geschäfte zu besorgen.

Hierauf legt der Staatsminister verschiedene Gesetzentwürfe vor, der erste betrifft die Abänderung des Gesetzes über den Elementarunterricht, der zweite den Fortbildungsunterricht; letzterer soll in neuer Form wieder eingeführt werden, da von dem Unterrichts einige Jahre über die Schulzeit hinaus sowohl von der erziehenden, als von der unterrichtenden Seite aus ein guter Erfolg erwartet werden darf. Der erste Entwurf betrifft die Besserstellung der Lehrer, was nicht nur das durch Budget, sondern auch durch Gesetz zu bewerkstelligen war, weil der größere Theil des Aufwands hierfür aus den Gemeindefassen zu bestreiten ist.

Ein weiterer Gesetzentwurf beschäftigt sich mit der Städteordnung. Die allgemeinen Bestimmungen der Gemeindeordnung sollen gemeinsam für Stadt und Land fortbestehen bleiben. Die Novelle befaßt sich mit der Einwohnergemeinde für die größeren Städte und die hierzu nöthig werdenden Veränderungen in der Organisation der Gemeindebehörden, sowie mit dem Steuerwesen.

Ein weiterer Gesetzentwurf hebt einige Paragraphen in der Gemeindeordnung und dem Bürgerrechts-Gesetz auf, die ihre Bedeutung verloren haben.

Ferner bringt der Staatsminister noch eine Vorlage zur Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Okt. 1860, die des Kirchengesetzes, ein und bemerkt dazu:

Dieses Gesetz enthält einige Ergänzungen und Zusätze zu dem bekannten Kirchengesetz von 1860. In zum Theil schweren Zeiten hat dieses Gesetz sich in einer Periode von mehr als 10 Jahren bewährt, es ist also kein Grund vorhanden, an den Grundlagen desselben irgend etwas zu ändern. Dagegen hat die Erfahrung gezeigt, daß das Gesetz einzelne Lücken hat, in welchen es unangewandt werden kann oder wo es an den nöthigen Vollzugsmitteln fehlt, um auch gegen Widerstrebende durchzusetzen, was das Gesetz will. Dieser Gesetzentwurf ist bestimmt, diese Lücken und Mängel zu ergänzen. Ich täusche mich wohl schwerlich, wenn ich voraussetze, daß die Maßregeln, die wir hier vorschlagen, von Manchem als hart werden betrachtet werden; sie sind es aber in der That nicht, und nichts liegt ihnen ferner, als irgend einen Druck in religiösen Dingen auszuüben. Das Gesetz wird Denjenigen, der bereit ist, sich den Gesetzen des Staates, wie es jeder Untertan muß, zu fügen, durchaus nicht berühren, und wird er in keiner Weise gehindert, seiner religiösen Ueberzeugung in der freiesten Weise nachzukommen. Nur gegen absichtliche und hartnäckige Gesetzesverletzung sollen Repressivmaßregeln ermdmöglich werden. Es liegt dies im Interesse Aller, vor Allem auch im Interesse Derjenigen, die sich ohne solches Gesetz der Zumuthung ausgesetzt sehen können, sich den Gesetzen nicht zu fügen. Die Großh. Regierung wird ihre bisherige Politik beibehalten, jede religiöse Ueberzeugung ehren, stets mit Milde und Schonung in diesen Fragen handeln, andererseits aber auch strenge für die Durchführung der Gesetze eintreten.

Endlich folgt noch ein Gesetzentwurf, das Polizei-Strafgesetzbuch oder vielmehr nur einen Paragraphen desselben betreffend, der von der Medizinalpolizei handelt, um demselben eine solche Fassung zu geben, die es ermögdlicht, namentlich in größeren Städten unerläßliche sanitäts-polizeiliche Maßregeln durchzuführen.

Zum Schluß übergibt der Staatsminister noch die Petitionserledigungen aus dem Ressort des Ministeriums des Innern.

Der Präsident des Finanzministeriums, Staatsrath Ellstätter, übergibt die Budgetvorlagen und bemerkt zu dem Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für die Jahre 1874/75:

Der diesjährige Etat ist in formeller Beziehung theilweise abweichend von der selbstergebenen Uebung eingerichtet worden. Man hat die Unterscheidung der Staatsausgaben in „Lasten und Verwaltungskosten“ und in „eigentlichen Staatsaufwand“ fallen lassen, so daß künftig der Betrag der Ausgaben eines Verwaltungszweiges nicht mehr an zwei verschiedenen Stellen des betr. Etats zu suchen ist. Ohnehin lassen sich die Einnahmefassen nicht überall strenge

von dem sog. eigentlichen Staatsaufwand trennen und sind dieselben als solche meist an sich erkennbar. Man hat ferner in besonderer Kolonne den selbstergebenen Budgetsatz und in einer weiteren Kolonne die Vergleichung des neuen Voranschlags mit der bisherigen Verwilligung eingestellt und endlich eine Kolonne „Erläuterungen“ beigelegt, welche in gedrängter Fassung, so weit dies thunlich erschien, die bis jetzt als Anhang beigelegte „Begründung“ ersetzen soll. Diese Einrichtung wird eine leichtere Uebersichtlichkeit gewähren und die Budgetverhandlung eher auf die hervorragenden wichtigen Punkte des neuen Voranschlags einschränken lassen. Sollten in Bezug auf Ausstattung und das Maß der beigelegten Erläuterungen Seitens der Kammer Wünsche nach etwaigen Aenderungen hervortreten, so wird denselben von der Regierung in der Folge bereitwillig Rechnung getragen werden.

In sachlicher Beziehung bietet der Voranschlag ein befriedigendes Bild. Während aus der laufenden Budgetperiode ein Defizit von jährlich 1,157,000 fl. zu decken bleibt und der Voranschlag des Staatsaufwandes pro 1874/75 eine Steigerung der Staatsausgaben nach Abzug des Mindeeraufwandes im Restbetrag von rund 800,000 fl. aufweist, kann doch das gesammte Mehrerforderniß von im Ganzen nahezu 2 Millionen theils durch Ersparnisse gedeckt, theils durch die ordentlichen Staatsinkünfte bestritten werden.

Was zunächst die Mehrforderungen der einzelnen Verwaltungszweige betrifft, so erschien eine durchgängige Verbesserung der Bezüge aller Beamten und Angestellten als unabwendbar. Die großh. Regierung hat sich, um dem dringendsten Bedürfniß zu genügen, für die Gewährung von Wohnungsgelder-Zuschüssen entschieden. Der gesammte Aufwand hierfür beläuft sich auf circa 593,000 fl., welche sich mit rund 400,000 fl. auf die allgemeine Staatsverwaltung und mit etwa 193,000 fl. auf die Verwaltung der Staats-Eisenbahnen vertheilen. Ebenso hat die Regierung eine Aufbesserung der Pensionen und Wittwenbenefizien, soweit solche vor der allgemeinen Gehaltserhöhung festgesetzt worden sind, in gewissem Umfang für billig erkannt, und entzieht dadurch ein Mehrbedarf von nahezu 50,000 fl. jährlich.

Besonders hohe Mehrforderungen haben von dem Ministerium des Innern unter dem Titel „Unterrichtswesen“, und zwar um 181,360 fl., und von dem Handelsministerium unter dem Titel „Wasser- und Straßenbau“, und zwar um 199,913 fl., gestellt werden müssen.

Außerdem werden in der Folge einige Einnahmen in Wegfall kommen, unter Anderem vom 1. Januar 1874 ab das Brückengeld in Reß, das seither etwa 30,000 fl. pro Jahr ertragen hat.

Die Deckung des Mehraufwandes von, wie bemerkt, nahezu 2,000,000 fl. hat nun bewirkt werden können theils durch höhere Voranschläge bei den Einnahmen, theils durch Minderung von Ausgabeabpostitionen.

Mehreinnahmen ergaben sich hauptsächlich in dem Etat des Finanzministeriums, insbesondere bei der Domänenverwaltung, deren Reinertrag um 332,749 fl. höher, als seither veranschlagt werden konnte, ferner bei der Steuerverwaltung, deren Reinertragniß gegen das Vorjahr ein Mehr von 498,545 fl. aufweist.

Ein namhafteres Mindererforderniß zeigt der Etat des Staatsministeriums unter dem Titel „Matrilinearbeiträge an das Reich“, welche nach dem Reichs-Haushalts-Etat pro 1874 für dieses Jahr um nahezu 200,000 Thaler geringer veranschlagt sind und auf die beiden Jahre der Budgetperiode vertheilt, einen Mindeeraufwand von 173,199 fl. pro Jahr ergeben, während eine Abminderung des Matrilinearbeitrags pro 1875 gegenüber dem von 1873 nicht in Aussicht genommen wurde.

Eine sehr beträchtliche Ausgabeabreduktion hat bei dem Finanzministerium unter dem Titel „Schuldentilgung“ stattgefunden. Während zu diesem Zweck im letzten Budget noch 987,914 fl. eingestellt waren, ist für die Folge ein Dotationsbedarf überhaupt nicht mehr vorhanden, wenn die Ueberweisung des disponiblen Restes der französischen Kriegskontribution an die Amortisationskasse, wie wir voraussetzen, Ihre Zustimmung findet. Dieser verfügbare Rest beträgt nahezu 19 Millionen Gulden. Die Aktivposten dieses Kapitals übersteigen nicht unerheblich den Passivpostenbedarf der Schuldentilgungs-Kasse und es wird durch den Ueberschuß der Aktivposten ein Tilgungs- oder Reservefond gebildet, welcher nicht bloß jeden Zuschuß der Staatskasse überflüssig macht, sondern unter Umständen die Amortisationskasse befähigen wird, für den Fall eines außerordentlichen Bedarfs für den ordentlichen Staatsbedarf hilfsweise einzutreten.

Das Gesamtergebniß geht nun dahin, daß der Hauptfinanzetat mit einem Einnahmeüberschuß von 47,652 fl. pro Jahr abschließt. Ist dieser Betrag auch ein verhältnißmäßig geringer, so ist doch die von mir bei der Uebergabe des vorigen Budgets geäußerte Hoffnung, daß schon der nächste Etat wieder im Gleichgewicht zwischen Ausgabe und Einnahme abschließen werde, vollkommen in Erfüllung gegangen, und was den Bedarf für das außerordentliche Budget betrifft, so besitzen wir in den Betriebsüberschüssen aus der nun zu Ende gehenden Budgetperiode dafür ausreichende Mittel. Diese Ueberschüsse stellen sich auf den 1. Oktober l. J. auf über 3 Millionen Gulden und werden, wie ich annehmen zu dürfen glaube, am Schluß des Jahres zwischen 4 und 5 Millionen Gulden für die Zwecke des außerordentlichen Budgets verfügbar zu halten gestattet.

Daß ein so namhafter Betrag erübrigt werden kann, ist ein überaus erfreulicher Beweis des günstigen Fortgangs unseres Staatshaushalts: denn nach dem Finanzgesetz von 1871 sollte in die künftige Periode nur ein Betriebsüberschuß von etwa 100,000 fl. übergeben. Wenn nun die damals vorhanden gewesenen Ueberschüsse von ca. 3 1/2 Millionen

Gulden erhalten geblieben und sogar anzunehmen versprechen, obwohl sie zur Deckung eines zweijährigen Defizits von rund 2,290,000 fl. und für die Bestreitung des außerordentlichen Staatsaufwandes einzutreten halten, und obwohl im Lauf der Budgetperiode noch sehr beträchtliche Administrativdebito, — wovon ich nur den unworhergesehenen Aufwand für Neubau und Unterhaltung für Landstraßen mit beiläufig 500,000 fl. hervorheben will — haben bewilligt werden müssen, so ergibt sich daraus, daß unser Staatshaushalt, Dank dem vorsichtigen Einnahmeveranschlag und Dank der guten wirtschaftlichen Lage des Landes, auf einer gesunden und wohlgeordneten Grundlage beruht.

Aus dieser günstigen Gestaltung unserer finanziellen Verhältnisse schöpfe ich denn auch zum großen Theile die Zuversicht, mit der ich Ihnen heute die Entwürfe zur Reform unseres Steuerwesens überreiche. Sie sind ein Versuch, den man nur wagen kann in den Tagen einer günstigen finanziellen Entwicklung. Ich schließe mit dem Wunsch, daß diese geordnete Entwicklung fortauern und durch die Reform unseres Steuerwesens noch gefördert werden möchte.

Der Präsident des Finanzministeriums übergibt dann weitere Gesetzentwürfe,

1) die Gewährung von Wohnungsgelder-Zuschüssen an die weltlichen Staatsdiener und Angestellten betreffend,

2) die Erhöhung der Pensionen und Sustentationen der Zivilbiener betreffend,

3) die Erhöhung der Staatspensionen der Hinterbliebenen verstorbenen Staatsdiener betreffend,

4) die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer betreffend,

5) die Kapitalrenten-Steuer betreffend und endlich

6) die Steuererhebung im Monat Dezember 1873 und im ersten Kalenderquartal 1874 betreffend.

Sodann erfolgt noch Seitens des Präsidenten des Finanzministeriums die Uebergabe der erledigten Petitionen aus dem Ressort des Finanzministeriums.

Der Abg. Schöch spricht seine feste Zuversicht aus, daß die Kammer der Aufhebung des Brückengeldes bei Reß zustimmen werde, und gibt dem Gefühle des Dankes Ausdruck, welches in dem Bezirke über die Maßregel herrschen werde.

Der Präsident Kirchner widmet den folgenden 11 früheren Mitgliedern, welche seit dem letzten Landtag verstorben sind, Worte ehrender Erinnerung: Reßler (im Landtag 1854—58), Bär (50—60), Eller (71/72), Peter (45—49), Grimm (25—37), Gauß (59—69), Zell (48—52), Mack (31—37), Bausch (55—64), Kimmig (59—72), und Sachs (54—55). Zum Andenken an diese Verstorbenen erheben sich die Abgeordneten von ihren Sitzen.

Hierauf schreitet man zur Ergänzung der Kommissionen: 1) der Abrechnungskommission. In den Abtheilungen wurden dazu gewählt: die Abgg. Kiefer, Nicolai, Blum, Fieser, Stigler. Die Kommission wird um 6 verstärkt und fällt die Wahl auf die Abgg. Bluntzschli, v. Buh, v. Feder, Paravicini, Schmidt (Konstanz), Stöcker.

2) Budgetkommission. In den Abtheilungen wurden gewählt die Abgg. Roder, Frey, Sachs (Heidelberg), Seefeld und Geiger; im Hause die Abgg. Edelmann, Friedrich, Huffschild, Lang (Karlsruhe), Benz, Martin, Pflüger, Paravicini, Sachs (Konstanz), Sartori.

3) Petitionskommission. In den Abtheilungen die Abgg. Bender, Schmidt (Konstanz), Blum, Wags, Bär; hierzu im Hause die Abgg. Bengel, Bluntzschli, Jutleifer, Lang (Weinheim), Bender, Schöch.

4) Eisenbahnen- und Straßenkommission. In den Abtheilungen die Abgg. Eichelsdorfer, Bidel, Sachs (Konstanz), Schmid (Tiefenstein), Bürklin; im Hause die Abgg. Frank, Frey, Friederich, Grether, Heidenreich, Henne, Kimmig und Reichert.

Endlich verliest der Präsident noch die Namen der in den Abtheilungen gewählten Mitglieder der Geschäftskommission, es sind dies die Abgg. Schöch, Diez, Föbderer, Krebs, Stigler, eine Ergänzung findet hier nicht statt. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen wird die Sitzung geschlossen.

Badische Chronik.

* Karlsruhe, 23. Nov. Vor einem ansehnlichen Zuhörerkreis, meist aus Ständemitgliedern und sonst notablen Männern bestehend, hielt heute Vormittag Hr. Geheimrath Prof. Dr. v. Schulte von Bonn, der bekanntlich der Eidesleistung des Hrn. Bischofs Dr. Meintens als Zeuge beigezogen hat, in dem Saal des „Weißen Bären“ einen höchst interessanten und schreikreichen Vortrag. Gegenstand desselben war der Aikatholizismus. Der berühmte Kirchenrechtler beleuchtete denselben nach allen seinen Hauptseiten: nach seinem Ursprung, seiner religiös-stillischen und kulturgeschichtlichen Bedeutung, den verschiedenen Stadien seiner bisherigen Entwicklung und inneren Konfolidirung, seinen reformatorischen Antrieben und Zielpunkten und ganz besonders nach seiner staatsrechtlichen Stellung in der Gegenwart und Zukunft. In letzterer Beziehung wurde namentlich der Gesichtspunkt betont, daß die Aikatholiken ja recht eigentlich denjenigen Katholizismus repräsentiren, mit dem der Staat seine Verträge abgeschlossen hat und auf den sich seine ganze kirchengerichtliche Gesetzgebung bis zur Entstehung des Neukatholizismus bezieht, daß somit eo ipso ihm die daraus fließenden Berechtigungen prinzipiell zustehen. Mag immerhin eine Kirche das Recht haben, ihre Dogmen, ihre Einrichtungen, ihre Verfassung zu ändern, so ist dieses Recht doch kein schrankenloses; seine Grenze findet es da, wo das Recht des Staates negirt wird. Daß dies aber in den bekannten Beschüssen des letzten vatikanischen Konzils durch eine ganz exzessive Aenderung der Verfassung der kathol. Kirche, nämlich durch die Herstellung eines Absolutismus geschehen, worin der Papst sich an die Stelle der Kirche gesetzt und alle ihre Rechte in sich absorbiert hat, wurde von dem Redner in eingehender Erörterung dargelegt und darauf hingewiesen, daß die römische Kurie seitdem auf dem gleichen Weg fortwandle, wie u. A. aus dem Brief Pius IX. an den Kaiser

Willelm und aus der neuartigen päp. Bulle über die bischöflichen Kapitelverweigerung hervorgeht. An diesem unanfechtbaren Rechtsboden habe der Missionskongress sich zu halten und von ihm aus die Regelung seiner staatsrechtlichen Stellung anzuführen. Dem scharfsinnigen, klaren, streng logischen, mit einer Fülle kirchenrechtlicher, kirchengeschichtlicher und literarischer Materialien ausgehüllten, sichtlich aus der tiefsten Überzeugung quellenden und daher um so eindringlicheren Vortrag folgte die Zuhörerschaft mit der größten Spannung.

Nach Hrn. v. Schulte ergriff der hochw. Bischof Dr. Reinkens das Wort. Er sprach über das Verhältnis des Christen zum Staate. Die christliche Anschauung, so führte er aus, sei die, daß auch der Staat eine göttliche Ordnung sei, da er auf der dem Menschen von Gott verliehenen sittlichen Natur beruhe, kraft deren wir „in Gott leben, wehen und sind“. Und dies gelte nicht bloß vom Christlichen, sondern von jedem Staate; habe sich doch das Wort des Herrn: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ ausdrücklich auf den heidnischen Staat bezogen! Gehorsam und Treue gegen den Staat sei somit eine der obersten christlichen Pflichten, die unter allen Umständen unwandelbar sei; sie werde natürlich um so freundlicher gelbt werden, je mehr der Staat — wie der moderne Staat dies anstrebe — den höchsten religiösen Interessen, der Religions- und Gewissensfreiheit, seinen Schutz gewähre. Die Katholiken seien keine politische Partei, aber in ihrer Gemeinschaft herrsche und werde stets herrschen die Solidarität gegen den Staat aus Gründen der Religion und des Gewissens. Auch diese acht christlichen, schlicht einfach vorgetragenen Worte des Hrn. Bischofs machten den tiefsten Eindruck auf die Zuhörer.

Schließlich forderte der Abg. Hr. Staatsanwalt Fießer von Konstanz die Anwesenden auf, den geehrten Rednern durch Erheben von den eigenen Dank und Anerkennung auszubilden, was sofort geschah. Nachdem noch Hr. Anwalt Dr. Busch die Anwesenden zu dem ersten, in 14 Tagen in Karlsruhe stattfindenden altkatholischen Gottesdienste (Vormittags 11 Uhr in der ev. Stadtkirche) eingeladen hatte, ging die Versammlung in gehobener Stimmung auseinander.

Karlsruhe, 23. Nov. Dieser Tage erschien hier auf Veranstaltung des Gemeinderaths die Rede im Druck, mit welcher Hr. Stadtpfarrer Zittel die Gottesdienste im neuen Bethaus der Eisenbahn-Vorstadt eröffnet hat. In sinnreicher und gemüthvoller Weise hat der Hr. Redner es verstanden, die verschiedenen Zwecke, welchen der neue Bau dient (Kleinkinderschule, Feuerwehr-Station) mit der religiösen Bestimmung desselben in Beziehung zu setzen und gezeigt, wie das gleiche Recht der beiden Konfessionen auf Benutzung des Bethaus ein Ausdruck sei der rechten christlichen Toleranz nach dem Wort: „Wer nicht wider uns ist, ist für uns.“ Die Rede ist zum Preis von 6 Kr. zu haben in sämtlichen hiesigen Buchhandlungen. Der Erlös soll für die innere Ausstattung des Bethaus verwendet werden.

Aus Baden, 24. Nov. Nach der „V. Wdg.“ sind die Hrn. Kießer, Paravicini, Ramey, Eckhard und Kirsner nicht mehr zur Annahme einer Reichstags-Wahl geneigt. Im Bezirk des an zweiter Stelle genannten Herrn hat Hr. Bürgermeister Friederich sich für Annahme einer Kandidatur bereit erklärt. Auch der hiesige Reichstags-Abgeordnete Hebing will sich nicht wieder wählen lassen. Im Bezirk Dörrach spricht man von einer Kandidatur Pfleger's und wurden sonst als von der national-liberalen Partei anzustellende Oberamtmann Engelhorn (Rastatt), Staatsanwalt Fießer und Kreisgerichts-Rath Bär genannt, auf kirchlicher Seite Hofrath v. Busch.

Karlsruhe, 23. Nov. Am ersten Dezember d. J. wird zu Böckenschwand, Amtsbezirk St. Blasien, eine Reichs-Telegraphenstation mit beschränktem Tagebedienstet eröffnet werden.

Heidelberg, 22. Nov. Heute beging die hiesige Universität in feierlicher Weise ihr Stiftungsfest, welchem trotz ergangener öffentlicher Einladung aller Freunde der Hochschule doch aus nicht akademischen Kreisen, wie man das hier schon gewohnt ist, nur geringe Theilnahme entgegengebracht wurde. Die von Hrn. Professor Stark in der Aula verlesene Festrede bildete eine interessante Abhandlung über das gegenseitige Verhältnis von Kunst und Wissenschaft, prinzipiell und an der Hand historischer Entwicklung betrachtet. Ich behalte mir vor, auf diese gründliche und scharfsinnige wissenschaftliche Arbeit späterhin in ausführlicher Weise zurückzukommen und bemerke für heute nur, daß der Redner der Bedeutung der Kunst im geistigen Leben der Völker in vollkommener Weise gerecht wurde, indem er nicht nur die Leistungen auf beiden Gebieten, dem der Kunst sowohl wie der Wissenschaft, als Manifestationen ein und desselben, sich in verschiedener Weise äußernden Genies bezeichnete, sondern auch konstatierte, daß die verschiedenen Epochen in der Entwicklung der Hochschulen mit der Einführung neuer ästhetischer Elemente in den Kreis ihrer Bestrebungen zusammenfielen, und mit dem Wunsch schloß, daß künftighin immer mehr neben dem Guten auch das Schöne zu seiner vollen Geltung in der harmonischen Entwicklung geistiger Kultur gelangen möge. Zur Chronik der Universität Heidelberg übergehend, gab der Redner nun eine Aufzählung der Vorfälle, welche während des abgelaufenen Jahres unsere alma mater durch Tod, Pensionierung oder Wegzug von Dozenten erlitten hat, wobei auch bei in einigen Monaten bevorstehenden Abgangs von V. Kreisler bedauernd erwähnt wurde; als erfreuliche Nachrichten wurden die neu erworbenen Rechte aufgeführt und der Auszeichnung gedacht, welche einer Reihe von Dozenten zu Theil wurde und unter denen die Verleihung des päpstlichen Löwen- und Sonnenordens an ein Mitglied der Universität einige Heiterkeit unter den Anwesenden hervorrief. Von neueren Anlässen und Schöpfungen sind das archäologische Institut, die Errichtung eines Seminars für neue Sprachen, an dem nun auch das Altgriechische gelehrt werden soll, die Verbesserungen der Bibliothekräume, sowie eine größere Anzahl von Schenkungen und Ankäufen Erwähnung, durch welche sowohl die Sammlungen, als auch die Bibliothek der Universität bereichert wurden. Die sich nun anschließende Zuerkennung von Preisen für Lösung von Aufgaben durch Studierende kommt leider sehr rasch verlaufen, da von sämtlichen durch die verschiedenen Fakultäten vor einem Jahr gestellten Preisaufgaben nur eine einzige und auch diese nur einen Bewerber gefunden hatte. Es war das eine Frage aus dem Gebiet der Nahrungsanatomie, deren Bearbeitung durch Studiosus Baufe für genügend erkannt und durch den Preis belohnt wurde. Die für das nächste Jahr gegebenen 6 Preisfragen finden hoffentlich mehr Bewerber. Nach Schluß der Feier in der Aula vermischte ein Festmahl im Museum die Mitglieder und Freunde der Universität.

Heidelberg, 23. Nov. Das Konzert, welches jüngst die Concordia-Gesellschaft im Prinz Max zu Gunsten unseres Festhalls-Baufonds veranstaltete, hat diesem einen Reinertrag von 55 fl. zugeführt. — Das unter seinem früheren Namen Café Volle

wohlbekannte, rechts neben der Karlsruher gelegene, alterthümliche Gebäude, welches in letzter Zeit wiederholten Verkaufsvorlesungen ausgelegt wurde, soll nun gleich dem von den Sorb-Borussen angekauften Kieselstein Eigentum einer Studentenverbindung werden, da dem Vernehmen nach das Corps Vandalla dasselbe zu erwerben beabsichtigt. — Der zur Prüfung der Leistungen unserer neuen Wasserleitung auf dem Karleplatz hergerichtete pöblichste Springbrunnen zeigt ein Bassin von beträchtlichem Umfang. Wenn derselbe in eine definitive Einrichtung umgewandelt werden könnte, und wäre es auch nur für eine kurz dauernde tägliche Thätigkeit, so wäre für den sonst so öden Karleplatz eine schöne Zierde gewonnen. — Heute starb hier nach langem Leiden der vieljährige Gastellan des alten Schloßes, Richard Janillon, in einem Alter von 75 Jahren.

Mannheim, 23. Nov. Als wir im letzten Briefe von der Nothwendigkeit sprachen, an die Reichstags-Wahl zu denken, ahnten wir nicht, daß bereits ein Kandidat für den Bezirk Mannheim gefunden sei, allerdings nicht von der liberalen, sondern von der subversiven Partei. Die sozial-demokratische Arbeiterpartei (Eisenacher Bekenntnisses) hat den Sozial-Demokraten Adolf Sabor aus Frankfurt als Kandidaten aufgestellt und der hiesige demokratische Verein hat durch den Mund des Andreas Bollinger jun. diesen Kandidaten acceptirt. Wäre diese Nachricht in einem liberalen Blatte erschienen, so hätten wir letzteres für eine Mystifikation gehalten, aber der „Anzeiger“, das Organ des demokratischen Vereins, bringt selbst die Kunde, deren Bedeutung nicht zu unterschätzen ist, da unsere Stadt über 8000 Wahlberechtigte zählt. Wie wird sich gegenüber der Erklärung des demokratischen Vereins die demokratische Partei in ihren tugendlichen Elementen verhalten? Bei der Landtags-Wahl zeigte sich kein Miß in der Partei; die Stimmen hielten zusammen. Wird aber die Partei Moll-Kopfer-Langelohs-Rahn-Jeder-Dresler (um hier einige Hauptnamen zu betonen) nunmehr den Hrn. Bollinger-Schneider-Hof-Sichelobderer in das Lager der Sozial-Republik folgen, wird die Parteibildung bis zu diesem Augenblicke verhalten? Wir hoffen, daß es dazu nicht kommen wird, daß unsere demokratische Bourgeoisie sich nicht mit gebundenen Händen den Feinden der bestehenden Ordnung überliefern wird.

Mannheim, 23. Nov. Als ich meinen Feilhaber abließ, war mir das Dementi noch nicht bekannt, welches der Abendanzeiger von Seiten Bollinger's gebracht hatte. Dasselbe ist so eigentümlich abgefaßt, daß unsere Betrachtung trotzdem ihren Werth behält. Denn Bollinger, ein Hauptagitator der demokratischen Partei, gesteht doch zu, daß er und seine Freunde wohl für den Kandidaten der Sozial-Demokraten stimmen würden, wenn u. s. w. Wenn dagegen ein Vorkandidat des demokratischen Vereins dem „Anzeiger“ erklärt, es könne schon heute mit Bestimmtheit angenommen werden, daß der demokratische Verein sich gegen jede Koalition mit den Sozial-Demokraten entscheiden werde, so würde daraus höchstens zu folgern sein, daß von dem demokratischen Verein sich noch die Faktion Bollinger-Freunde abzuzeigen beginne, was doch eine gar zu wunderbare Zersplitterung wäre. Die liberale Partei dürfte in jedem Falle gut daran thun, das Rückwärteln der Demokraten (linker Flügel) mit den Sozial-Demokraten im Auge zu behalten.

Freiburg, 22. Nov. (Fr. Bzg.) Nach Vornahme einer zweiten Immatrikulation beläuft sich nunmehr die Gesamtzahl der im laufenden Wintersemester an hiesiger Universität neu Immatrikulirten auf 104; darunter 31 Theologen, 21 Juristen, 35 Mediziner und Pharmazeuten und 17 Kameralisten, Philosophen und Philologen. — Weitere Anmeldungen stehen in Aussicht.

Freiburg, 22. Nov. Das Antwortschreiben des Deutschen Kaisers auf den Brief des Papstes vom 7. Aug. d. J. hat auch hier allenthalben freudigen Anklang gefunden. Dies beweist der Umstand, daß sich eine seit voriger Woche im Umlauf befindliche Adresse an den Kaiser, welche dieser Stimmung Ausdruck verleiht, mit zahlreichen Unterschriften, und zwar aus allen Kreisen und Ständen der Einwohnerschaft bedeckt. Diese Adresse, welche gegenwärtig noch in den Expeditionen hiesiger Tagesblätter zur Unterzeichnung aufliegt, wird nächster Tage abgedruckt werden. Der Wortlaut derselben ist folgender: „Allerdurchlauchtigster Kaiser, allergnädigster König und Herr! Der Brief des Papstes vom 7. August 1873 hat uns ein weiteres unsehrbares Dokument für das Ziel des Kampfes geliefert, der uns von der römischen Hierarchie aufgetragen wurde. Unverhohlen verlangen wir, daß das Deutsche Reich unter die Vormundschaft der römisch-katholischen Kirche gebeugt und Glaubens- sowie Gewissensfreiheit eines jeden Deutschen unterdrückt werde. Schon seit Jahren haben wir gegen diese nur ungewöhnlich ausgeprochenen Annahmen gekämpft und mußte es uns daher noch zur besondern Freude und Genugthuung gereichen, daß Eure Kaiserl. Majestät dieselben im Namen unseres Deutschen Volkes und Reiches in würdiger und erhabener Weise zurückgewiesen hat. Dafür möge Eure Kaiserl. Majestät auch von uns Bewohnern der Stadt Freiburg den tiefsten Dank entgegennehmen, und wird das erhabene Beispiel Eurer Kaiserl. Maj. uns nützen in dem weiteren Kampfe für Kaiser und Reich, für Selbständigkeit des Staates, für Religionsfreiheit und damit Religionsfriede.“

Badenweiler, im Nov. Der „Fr. Bzg.“ schreibt man von hier: „Der diesjährige Badeommer ist Mitte Oktober zu Ende gegangen. Er gehört zu den glückseligsten und welet bei einer Gesamt-Fremdenzahl von 3129 Personen gegen das Vorjahr eine Zunahme von 8 Personen nach. Diese anscheinend geringe Zunahme bei einem Zuwachs von etwa 100 Zimmern ist theils dem schlechten Juni, theils dem Umstande zuzuschreiben, daß weniger Wohnungswechsel stattfand, indem viele und darunter zahlreiche Familien 2-3 selbst 4 Monate ununterbrochen hier verweilt sind, während früher die Badekuren in der Regel nur auf 4, höchstens 6 Wochen ausgedehnt wurden. Die größte Zahl hat uns wieder der deutsche Norden geliefert, sodann England, Holland, Niederlande und Rußland. Das Schwimmbad hatte sich eines lebhaften Besuches zu erfreuen. Es sind 4812 Bäder abgegeben worden. Manche meinen, das dazu verwendete Thermalwasser mit 20 Grad R. sei für ein Schwimmbad zu warm, es entbehre der erfrischenden Wirkung. Inwiefern ist es eine höchst schätzenswerthe Zubat zu den übrigen hier zu Gebote stehenden Erholungs- und Kräftigungsmitteln, zu der wir uns Glück wünschen dürfen.“

Wiesbaden, 23. Nov. Pfarrer Kühn aus Kaiserlautern verlagz gehein in Wiesbaden eine altkatholische Trauung, zu welcher Kirchenrath Diez die evangel. Kirche in Mosbach zur Verfügung stellte, nachdem Beamte des Herzogs von Nassau die Benutzung der Schloßkapelle zu dem Akte verweigert.

Nachricht.

† Berlin, 24. Nov. Abgeordnetenhaus. Auf die Interpellation Dunder in Betreff der freien Eisenbahn-Fahrt der Reichstags-Abgeordneten und Berufungstermine des Reichstags erklärt Camphausen: Die Auflösung und Wiederberufung des Reichstags sei eine Prärogative des Kaisers; der Bundesrath könne darüber nicht beschließen und das preussische Ministerium sei nicht in der Lage, darüber Auskunft zu geben. Ueber die freie Eisenbahn-Fahrt der Reichstags-Abgeordneten sei noch kein Beschluß gefaßt, die Verhandlungen darüber seien noch schwebend. Das Ministerium lehne es ab, darüber Auskunft zu geben.

† Stuttgart, 24. Nov. Der „Sitzanz.“ meldet die definitive Ernennung des Justizministers Mittnacht zum Minister des Königl. Hauses, Minister des Auswärtigen und Präsidenten des Geheimen Raths.

†† Wien, 23. Nov. Die tschechischen Abgeordneten Mährens haben, wie die „Reichs-Korresp.“ vernimmt, ihre bisherige Nichttheilnahme an den Sitzungen des Abgeordnetenhauses in einem an das Präsidium des letzteren gerichteten Schreiben durch ihre gegenwärtige Mitwirkung bei den Wahlen zum mährischen Landtag und durch die bevorstehende Eröffnung desselben entschuldigt, sowie ferner ihr Erscheinen im Abgeordnetenhaus nach dem Schluß der Landtags-Session in Aussicht gestellt.

† Paris, 23. Nov. Léon Say wird, wie verlautet, entschieden darauf bestehen, daß seine Interpellation zur Berathung kommt, und den Herzog von Broglie direkt über die allgemeine Politik des Ministeriums befragen.

†† St. Petersburg, 23. Nov. Die Gerüchte über eine bevorstehende russische Anleihe zum Betrage von 875 Millionen sind durchaus unbegründet.

Frankfurter Kurzzettel vom 24. November.

| Staatspapiere. | |
|-----------------------------|---------|
| Deutschland 5% Bundesoblig. | 104 3/4 |
| Preußen 4 1/2% Obligation. | 103 3/4 |
| Baden 5% Obligationen | 100 |
| „ 4 1/2% „ | 98 3/4 |
| „ 4% „ | 97 3/4 |
| „ 3 1/2% „ | 96 3/4 |
| Bayern 5% Obligationen | 100 1/2 |
| „ 4 1/2% „ | 94 3/4 |
| Württemberg 5% Obligation. | 104 |
| „ 4 1/2% „ | 100 |
| „ 4% „ | 94 1/2 |
| Nassau 4 1/2% Obligationen | 105 1/2 |
| „ 4% „ | 99 3/4 |
| Sachsen 5% Obligationen | 105 1/2 |
| „ 4% „ | 99 3/4 |
| Österreich 5% Silberrente | 64 3/4 |
| „ 4 1/2% „ | 64 3/4 |

| Aktien und Prioritäten. | |
|---------------------------------|---------|
| Babische Bank | 111 5/8 |
| Frankf. Bank à 500 fl. | 148 5/8 |
| „ Bankverein à 100 fl. | 89 5/8 |
| Deutsche Vereinsbank | 98 5/8 |
| Darmstädter Bank | 381 5/8 |
| Defferr. Nationalbank | 999 5/8 |
| Defferr. G.-Aktien | 234 1/2 |
| Rheinische Creditbank | 104 1/2 |
| Rüfeler Bank | 88 1/2 |
| Stuttgarter Bank-Aktien | 93 1/2 |
| Defferr.-deutsche Bank | 89 5/8 |
| 4 1/2% Bayer. Dtsk. à 200 fl. | 116 1/2 |
| 4 1/2% Preuss. Nordbahn 500 fl. | 129 5/8 |
| 4% Preuss. Ludwigsbahn | 151 1/2 |
| 3 1/2% Oberhess. Eimb. 350 fl. | 73 1/2 |
| 5% Preuss. Staatsb. | 342 1/2 |
| 5% „ Südb. Eimb. | 167 1/2 |
| 5% „ Nordwestb.-A. i. Fr. | 202 1/2 |
| 5% „ Eimb. à 200 fl. | 228 1/2 |
| 5% „ Eimb. à 200 fl. | 163 1/2 |
| 5% „ Eimb. à 200 fl. | 223 1/2 |
| 5% „ Eimb. à 200 fl. | 217 1/2 |

| Anleihenloose und Prämienanleihen. | |
|------------------------------------|---------|
| Bayer. 4% Prämien-Anl. | 111 1/4 |
| Babische 4% „ | 110 1/4 |
| „ 3 1/2% „ | 67 1/4 |
| Braunschw. 20-Jähr.-Loose | 21 1/2 |
| Großh. Hessische 50-Jähr.-Loose | 218 |
| „ 25-Jähr.-Loose | 25 1/2 |
| „ 20-Jähr.-Loose | 13 1/2 |
| „ 10-Jähr.-Loose | 13 1/2 |

| Wechselkurse, Gold und Silber. | |
|--------------------------------|---------|
| Amsterdam 100 fl. 6 1/2% S. | 99 |
| Berlin 60 Tlrl. 5% S. | 105 |
| Bremen 180 R.-M. 3 1/2% S. | 105 1/2 |
| Hamburg 180 R.-M. 5% S. | 105 1/2 |
| London 10 Pf. St. 9% S. | 113 3/4 |
| Paris 200 Fr. 7% S. | 93 3/4 |
| Wien 100 fl. öst. W. 5% S. | 102 1/2 |

Disconto I. S. 4 1/2%
Lombard: festhaft.

Berliner Börse. 24. Nov. Kredit 134, Staatsbahn 195, Lombarden 99 1/2, 82r Amerikaner —, 60r Loose —, Rumänien —, Galizier —. Tendenz: unentschieden.

Wiener Börse. 24. Nov. Kreditaktien 228.—, Staatsbahn —, Lombarden 168.—, Anglo-Bank 141.50, Napoleons-Bor —, Tendenz: fest.

Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag, 25. Nov. Außer Abonnement. Zum Vortheil der Pensionsanstalt der Großh. Hofbühne. Neu einstudirt: Johann von Paris, komische Oper in 2 Akten, von Boieldieu. Tanzdivertissement. Anfang 1/2 7 Uhr.

